

VERSICHERUNGEN

# „Es muss Grenzen geben“

Allianz-Chef Schulte-Noelle über Terrorschäden, die Haftung des Staates und die Folgen der Wirtschaftskrise für die Versicherungsbranche

den auftreten können, ähnlich drastisch neu bewerten wie in der Luftfahrt?

**Schulte-Noelle:** Pro Versicherungsobjekt, sagen wir mal pro Werkanlage, wird sich nicht viel ändern, da hier nach wahrscheinlicher Höchstschadenssumme kalkuliert wird. Abgesehen davon, dass die Industrieversicherungen seit Jahren Verluste schreiben und deshalb Prämien-erhöhungen ohnehin fällig waren. Wenn allerdings durch systematischen Terror

**SPIEGEL:** Herr Schulte-Noelle, Lufthansa-Finanzvorstand Karl-Ludwig Kley hat die Forderungen der Versicherer nach drastischen Prämien erhöhungen als „monopolistisches Raubrittertum“ bezeichnet. Nutzen die Versicherungen den größten Schadensfall aller Zeiten aus?

**Schulte-Noelle:** Kein Mensch hat damit gerechnet, dass jemals voll getankte Maschinen als fliegende Bomben in große Ziele gelenkt würden. Eine Schadensakkumulation wie in New York war schlicht nicht kalkulierbar und konnte deshalb auch nicht in unsere Prämien eingehen. Das weiß auch die Luft-hansa.

**SPIEGEL:** Und das rechtfertigt eine Reduzierung der Haftung von mindestens einer Milliarde auf 50 Millionen Dollar pro Flugzeug?

**Schulte-Noelle:** Diejenigen, die uns jetzt als Raubritter beschimpfen – und die gibt es auch in der Politik –, sollten zur Kenntnis nehmen, dass es hier nicht um den Schutz der Passagiere geht. Deren Ansprüche werden ebenso wenig angetastet wie die Versicherung der Flugzeuge selbst. Reden müssen wir über die Schäden, die Dritten

auf Grund von Terroranschlägen durch Flugzeuge entstehen können.

**SPIEGEL:** Solche Schäden werden in Zukunft nicht mehr bei Privatversicherungen abzudecken sein?

**Schulte-Noelle:** Es wird sicher nicht mehr ohne jede Begrenzung gehen. Aber die Versicherungswirtschaft ist ja schon bereit, auf 150 Millionen Dollar pro Flugzeug zu gehen. Und wie ich aus den laufenden Verhandlungen höre, ergeben sich wohl weitere Deckungsmöglichkeiten bis zu einer Milliarde Dollar. Aber das kostet natürlich etwas. Die Prämien werden kräftig steigen.



## Henning Schulte-Noelle

gilt als mächtigster Manager des Landes. Seit zehn Jahren steht der promovierte Jurist an der Spitze des Münchner Versicherungskonzerns Allianz. Schulte-Noelle, 59, baute die Vermögensverwaltung als dritte Säule des Allianz-Geschäfts weltweit aus. Anfang des Jahres übernahm der Finanzkonzern die Dresdner Bank.



**Geschätzter Versicherungsschaden: mindestens 40 Mrd. Dollar**  
**Im Vergleich: Börsenwert Deutsche Bank 35 Mrd. Dollar**

**Versicherungsfall World Trade Center:** „Die Prämien werden kräftig steigen“

**SPIEGEL:** Wie kräftig?

**Schulte-Noelle:** Unsere Kritiker sollten sich die Dimensionen klar machen, bevor sie uns beschimpfen. Im gesamten Airline-Geschäft nehmen die Erstversicherer derzeit weltweit 1,3 bis 1,4 Milliarden Dollar Luftlinien-Prämien ein. Allein die Haftpflichtdeckung für die vier als Waffe eingesetzten Flugzeuge summiert sich auf sechs Milliarden Dollar. Es muss nach New York Grenzen geben für das, was die Versicherungen zu tragen haben.

**SPIEGEL:** Werden Sie auch die Risiken anderer Unternehmen, bei denen Großschä-

den auftreten können, ähnlich drastisch neu bewerten wie in der Luftfahrt?

**SPIEGEL:** Kann der Kapitalmarkt einspringen? Risikohandel an der Börse?

**Schulte-Noelle:** Die Nachfrage nach solchen so genannten Alternativen Risikotransfers ART ist nach dem 11. September bereits gestiegen. Auch nach dem bisher größten Schadensfall, dem Hurrikan „Andrew“, floss mehr Geld beispielsweise in Katastrophengebieten. Aber das löst unser Problem nur teilweise. Auch am Kapitalmarkt gibt es Risikogrenzen.

**SPIEGEL:** Und jenseits dieser Grenzen muss der Staat haften?

**Schulte-Noelle:** Wie das in einer Reihe von Ländern jetzt schon der Fall ist, zum Beispiel in Großbritannien, das seit Jahren traurige Erfahrungen mit dem Terrorismus hat.

**SPIEGEL:** Wo ziehen Sie diese Grenze?

**Schulte-Noelle:** Das müssen wir mit der Regierung diskutieren. Sehen Sie sich an, was schon wenige Tage nach dem 11. September in den Vereinigten Staaten passiert ist. Da sind die Chefs der

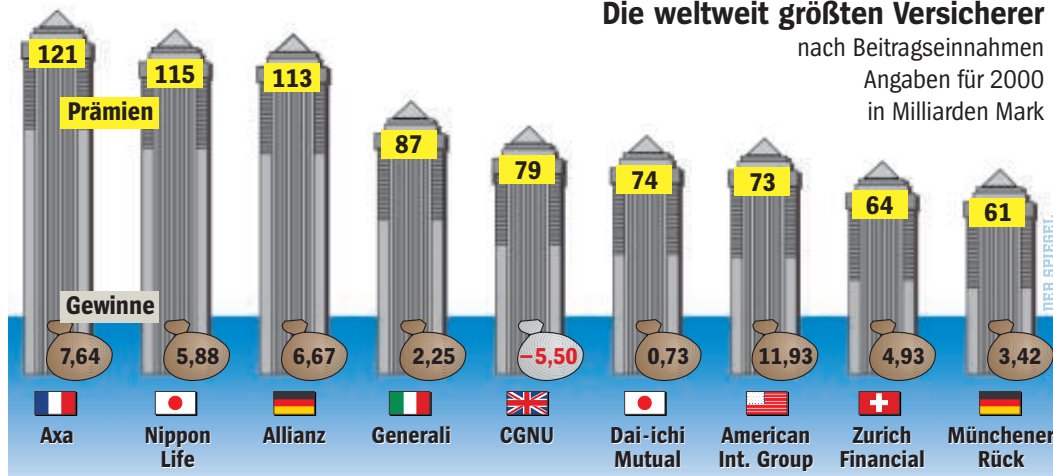
großen Versicherungsgesellschaften vom Präsidenten ins Weiße Haus eingeladen worden, um das gemeinsam erkannte Problem zu diskutieren. Wenn ich das vergleiche mit dem, was uns bisher an pauschaler, sachlich völlig unberechtigter Kritik aus Berlin entgegengeschlagen ist, dann mache ich mir schon meine Gedanken.

**SPIEGEL:** Finanzminister Hans Eichel hat für einen Monat die Haftung für Drittschäden im Luftverkehr übernommen.

**Schulte-Noelle:** Dies war notwendig und sinnvoll. Aber mit solchen befristeten Not-

## Die weltweit größten Versicherer

nach Beitragseinnahmen  
Angaben für 2000  
in Milliarden Mark



maßnahmen ist uns und den Fluglinien auf Dauer nicht geholfen.

**SPIEGEL:** Werden sich die Versicherer denn innerhalb dieses Monats mit den Luftverkehrsgesellschaften einigen?

**Schulte-Noelle:** Wir Versicherer haben kein Interesse daran, dass die Luftlinien ihre Maschinen am Boden lassen müssen.

**SPIEGEL:** Die Allianz hat ihren Schaden zunächst mit 700 Millionen, dann mit einer Milliarde Euro angegeben. Wie sieht die jüngste Bilanz aus?

**Schulte-Noelle:** Wir sehen nach derzeitiger Erkenntnislage keinen Grund, weiter nach oben zu gehen. Aber noch kann man keine abschließende Bilanz ziehen. Vor allem die Betriebsunterbrechungsschäden sind schwer abschätzbar. In New York sind weit mehr als tausend Firmen betroffen. Schäden addieren können wir erst, wenn alle wieder arbeiten. Und das dauert Monate. Im Übrigen müssen Sie sehen, dass die eine Milliarde als Nettoschaden nur die Bilanzwirkung betrifft. An unsere Versicherten werden wir weit über zwei Milliarden Euro auszahlen.

**SPIEGEL:** Haben Sie damit schon begonnen?

**Schulte-Noelle:** Unsere Schadensregulierer sind vor Ort. Die ersten Lebensversicherungen haben wir schon ausbezahlt.

**SPIEGEL:** Auch ohne Leiche und Totenschein?

**Schulte-Noelle:** Das ist nur eine Frage der Zeit, bis die Behörden in diesem Fall auch ohne den letzten Beweis den Tod bestätigen.

**SPIEGEL:** Rechnen Sie mit Prozessen?

**Schulte-Noelle:** Daran haben wir überhaupt kein Interesse. Unsere Prozessquote, wenn Sie nur Deutschland mit über drei Millionen Schadensfällen jährlich nehmen, liegt im Promillebereich. Allerdings sind die USA eine prozessfreundige Nation. Was von der Seite auf uns zukommt, ist natürlich nicht abzusehen.

**SPIEGEL:** Was setzt der Allianz mehr zu, die unmittelbaren Folgen der Terroranschläge oder die dadurch verursachte Abkühlung der Weltwirtschaft?

**Schulte-Noelle:** Vom Volumen her trifft uns der Einbruch der Aktienmärkte mehr. Wir

haben traditionell eine hohe Aktienquote. Bei einer Anlage im dreistelligen Milliarden-Euro-Bereich spüren wir sinkende Börsenkurse natürlich besonders stark.

**SPIEGEL:** Müssen Sie verkaufen?

**Schulte-Noelle:** Wir müssen mit Sicherheit keine Zwangsverkäufe bis Ende des Jahres vornehmen, um unseren Verpflichtungen nachzukommen. Wir haben traditionell hohe Bewertungsreserven. Das zahlt sich jetzt aus.

**SPIEGEL:** Ihr Interessenverband, der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft, rechnet mit solchen Notverkäufen in erheblichem Umfang.

**Schulte-Noelle:** Das ist nicht auszuschließen. Es gibt eine Reihe von Gesellschaften, die ihren Aktienbestand stark ausgeweitet haben, als die Kurse relativ hoch lagen.

**SPIEGEL:** Und die müssen jetzt kräftig abschreiben, weil Versicherer nach deut-



New Yorker Börse

„Mit Sicherheit keine Zwangsverkäufe“

schem Recht immer den niedrigsten Wert bilanzieren müssen?

**Schulte-Noelle:** Wir sollten – Politik und Versicherungswirtschaft – die jetzige Lage zum Anlass nehmen, diese Sonderregelung zu überdenken.

**SPIEGEL:** Wie wird's denn anderswo gemacht?

**Schulte-Noelle:** Vernünftiger – und übrigens auch in Übereinstimmung mit international üblichen Regeln – wäre es in der Tat, bei langfristig gehaltenen Kapitalanlagen erst dann eine Abschreibungs-

pfligt zu begründen, wenn nachhaltig, also über einen längeren Zeitraum, Wertverlust eingetreten ist.

**SPIEGEL:** Was sagt der Finanzminister dazu?

**Schulte-Noelle:** Wir sind hierzu mit ihm im Gespräch. Dieser Vorgang betrifft an sich nur die Handelsbilanz, nicht die Steuerbilanz, und würde damit nicht die Steuereinnahmen schmälern.

**SPIEGEL:** Wieso beklagen Sie eigentlich mangelnde Aktivität Berlins? Immerhin hat Hans Eichel die Versicherungsteuer von 15 auf 16 Prozent angehoben.

**Schulte-Noelle:** Das ist eine Art von Politik, die ich überhaupt nicht verstehe. Wie kann man gerade in einer Zeit steigender Gefährdung die persönliche Absicherung der Bürger verteuern? Die Versicherungsteuer wird ja von den Versicherten bezahlt.

**SPIEGEL:** Der Finanzminister sagt, das seien für den Einzelnen nur kleine Beträge ...

**Schulte-Noelle:** ... immerhin 30 bis 50 Mark pro Jahr je nach Policenzahl. Es kann doch nicht sein, dass bei jeder Sicherheitsgefährdung die Versicherungsteuer angehoben wird. Jetzt liegt sie schon in der Höhe des Mehrwertsteuersatzes. Da die Versicherungsteuer nicht vorsteuerabzugsfähig ist, trifft diese Erhöhung besonders die konjunkturell ohnehin schon belasteten Industriekunden, deren Produkte sich damit verteuern. Dies ist ein wirtschaftspolitisch bedenkliches Signal.

**SPIEGEL:** Was halten Sie von dem Vorschlag Ihres Kollegen Rolf Breuer von der Deutschen Bank, ein staatliches Ausgabenprogramm aufzulegen?

**Schulte-Noelle:** Von den früher zuweilen praktizierten Konjunkturprogrammen halte ich nichts. Die Erfahrungen sprechen eindeutig dagegen.

**SPIEGEL:** Andererseits werfen Sie dem Kanzler Untätigkeit vor.

**Schulte-Noelle:** Das tue ich nicht. Ich plädiere nur dafür, dass die Regierung sich um mehr Verständnis für die Probleme der Assekuranz bemüht, die durch eine völlig neue Eskalation des Terrorismus unbestreitbar entstanden sind. Auf dieser Basis ließe sich dann gemeinsam nach Lösungen für das Problem der Haftungsgrenzen und einer Staatshaftung suchen. Was in den Vereinigten Staaten und anderen Ländern funktioniert, müsste eigentlich auch bei uns möglich sein.

**SPIEGEL:** Haben Sie das schon dem Bundeskanzler vorgeschlagen?

**Schulte-Noelle:** Ich habe Herrn Eichel einen Brief geschrieben und mich gegen die pauschalen Vorwürfe der Politik gewehrt, ihm aber auch unsere Bereitschaft zum Gespräch erklärt.

INTERVIEW: HEIKO MARTENS